

## **Protokoll der 48. Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)**

am: 06.03.2019 Ort: Sitzungssaal (Raum 325) des Rathauses  
 5 Beginn: 17:00 Uhr Ende: 18:32 Uhr

### anwesende Ausschussmitglieder:

Paul Bruse  
 Andreas Rieger  
 10 Sabine Minetzke

### anwesende sachkundige Einwohner:

Dr. Jörg Schwebel  
 Christian Jungnickel  
 Ulrich Krumpe  
 Lutz Lehmann

### unentschuldigte Ausschussmitglieder:

15 Reinhard Krüger  
 Dietmar Mogschan

### unentschuldigte sachkundige Einwohner:

Lydia Scheinemann

### anwesende Verwaltungsangestellte:

Frank Neumann Karin Jacobsen Dörthe Ziemer Janine Jakwert

### Gäste/ Bürger / Anwesende Interessierte:

Herr Nowak - Leiter Biosphärenreservat Spreewald (TOP 5)  
 Frau Weißmann - Biosphärenreservat – Sachbearbeiterin Spreewaldwiesen (TOP 5)  
 Herr Beule - Petent OD B 87 (TOP 6)  
 Herr Schoppe - Petent OD B 87 (TOP 6)  
 25 Herr Thomas Budich - Einwohner  
 Herr Groger - Einwohner

30 - öffentlicher Teil -

### **TOP 1 – Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Herr Bruse begrüßt die Anwesenden. Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen. Es sind 3  
 35 stimmberechtigte Ausschussmitglieder und 2 sachkundige Einwohner anwesend.

### **TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorhandene Tagesordnung wird bestätigt.

40 Herr Lutz Lehmann kommt 17:01 Uhr.

### **TOP 3 – Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift der Ausschusssitzung vom 05.12.2018**

45 Es gibt keine Änderungen. Das Protokoll wird bestätigt.

### **TOP 4 – Einwohnerfragestunde**

Herr Thomas Budich bittet um Stellungnahmen der Biosphärenreservatsverwaltung zu den Themen:

- Bauernvertreibung in Steinkirchen
- Wiesenvernässung in Lübben/Koppainz
- Waldsterben (Erlensterben)

55 Herr Bruse weist darauf hin, dass die Anwesenden jetzt ihre Fragen zu den folgenden Tagesordnungspunkten stellen können, damit Herr Nowak oder die Verwaltung diese bei ihren Ausführungen berücksichtigen können.

### **TOP 5 – Vorstellung der Aufgaben des Spreewiesenmanagers; Gast: Biosphärenreservat Spreewald, Herr Nowak**

60 Herr Neumann führt aus, dass die Biosphärenreservatsverwaltung mit der heutigen Vorstellung einer Bitte der Stadtverwaltung nachkommt. Aufgrund einer von Herrn Thomas Fischer im vergangenen Jahr vorgelegten Konzeption ergab sich der Informationsbedarf zur Thematik der Spreewiesen bzw. der Unterhaltung und Nutzung selbiger. Die Ausführungen zu dem Thema werden Herr Nowak, Leiter  
 65 der Biosphärenreservatsverwaltung, und seine Kollegin Frau Weißmann vornehmen.

Herr Nowak bedankt sich für die Einladung. Er stellt klar, dass es nicht Spreewiesen, sondern Spree-waldwiesen heißen muss.

70 Weiter führt er aus, dass Frau Weißmann die Stellvertretung von Herrn Paul Jarick wahrnimmt, der sich für ein Jahr in Elternzeit befindet. Frau Weißmann wird die Präsentation zu den Spreewaldwiesen zeigen.

Er erläutert, dass das Biosphärenreservat für den Erhalt der Kulturlandschaft der Spreewaldwiesen zuständig ist. Am dem Jahr 2018 erfolgte ein Zuständigkeitswechsel von der EU zum Landesamt für Umweltschutz. Besonders liegt dabei der Fokus auf Flächen unter 3 ha Größe.

75

Herr Dr. Schwebel kommt 17:08 Uhr.

80 Frau Weißmann zeigt anhand der Präsentation den Beginn des Spreewaldwiesenprogramms, den Wechsel der Zuständigkeit, die Inhalte des Programms, die Vorgaben für die geförderten Flächen, die Fördersätze, die Besonderheiten der Spreewaldwiesen, den Stand der Antragsteller 2018 (Anzahl, Flächen, ausgeschüttete Fördergelder) und einen Ausblick auf das Jahr 2019 (Link: <http://www.luebben-rathaus.de/daten/sitzungsdienst/vorlagen/1450.pdf>).

85 Herr Dr. Schwebel fragt, ob die Gefahr durch Verockerung für die Biosphäre bereits ein Thema ist.

Dazu erklärt Frau Weißmann, dass es diesbezüglich bisher keine Probleme gibt.

Herr Groger möchte wissen, ob der Kanal in Steinkirchen im Fördergebiet liegt.

90 Frau Weißmann verweist auf die Karte des Biosphärenreservates Spreewald.

Herr Nowak ergänzt, dass jeder Besitzer solcher Flächen innerhalb des Biosphärenreservates einen Förderantrag für diese Flächen stellen kann. Er erklärt, dass nach Antragstellung eine genaue Prüfung der Flächen durch Frau Weißmann erfolgt. Weiterhin erklärt sie, dass Waldweiden ebenfalls als förderfähige Flächen ausgeschlossen werden, da diese zu trocken sind.

95 Frau Weißmann erklärt, dass Gebietskörperschaften (z.B. Kommunen) von der Förderfähigkeit ausgeschlossen sind.

100 Auf die Frage von Herrn Budich, auf welcher Höhe das Grundwasser für die Anerkennung der Flächen liegen muss, antwortet Frau Weißmann, dass das Grundwasser um 40 cm unter Flur liegen sollte.

Herr Nowak räumt ein, dass Feuchtwiesen je nach Niederschlag im Jahr auch trockener oder feuchter sein können. Da aber generell Spreewaldwiesen als Feuchtwiesen angesehen werden, wird auf ein gewisses Wasserlevel Wert gelegt.

105 Herr Nowak weist darauf hin, dass nicht nur Grundstückseigentümer, sondern auch Nutzungsberechtigte (Pächter, etc.) einen Antrag auf Förderung stellen können.

110 Herr Bruse fragt nach dem Umgang mit den Fragen von Herrn Budich.

Herr Neumann erklärt, dass die fachliche Beantwortung von der Reservatsverwaltung erfolgen kann.

### **TOP 6 – Petition Ausbau OD B 87; Vorlage 2019/016**

115

Frau Jacobsen erklärt, dass vor der Beantwortung der Petition die Frage geklärt werden musste, ob eine Petition in einem laufenden Planfeststellungsverfahren des Baulastträgers (Landesbetrieb Straßenwesen) zulässig ist. Nach Feststellung der Zulässigkeit der Petition erstellte die Verwaltung den vorliegenden Antwortentwurf, der nun von den Stadtverordneten zu beschließen ist. Außerdem stellt sie klar, dass die Petition zuständigkeitshalber an den Landesbetrieb Straßenwesen, als verfahrensführende Behörde, weitergeleitet wurde.

120

Sie fasst die in der Petition enthaltenen Anträge und die Inhalte des Antwortschreibens zusammen.

125 Herr Rieger verweist auf die von ihm mitgebrachten Planskizzen und erklärt anhand dieser seine Bedenken zur Situation des Kreuzungsbereich Mühlendamm/ B 87. Die verkehrliche Situation wird durch die nahe Bushaltestelle, den in diesem Bereich befindlichen Eingang zum NP-Markt und die folgende Querungshilfe stark verkompliziert.

Er folgt den Einwendungen den Petenten, gibt aber zu bedenken, dass eine nachträgliche Errichtung eines Zebrastreifens nicht ohne bauliche Maßnahmen möglich ist. Daher regt er an, bereits im Rahmen der Baumaßnahme entsprechende Vorkehrungen zu treffen, die eine nachträgliche Errichtung eines Zebrastreifens oder einer Lichtsignalanlage problemlos möglich macht.

130

Eine zusätzliche Verkehrsinsel an der Stelle hält er nicht für erforderlich.

135 Frau Jacobsen führt aus, dass im Rahmen der Erarbeitung des Fuß- und Radwegkonzeptes von Seiten des beauftragten Planungsbüros keine Erforderlichkeit für eine Querungshilfe an der Stelle gesehen wurde. In absehbaren Entfernungen stehen Fußgängern die Querungsinsel am Landratsamt und die Querungsinsel an der Kupka zur Verfügung.

140 Herr Rieger hält diese Betrachtung für verständlich, spricht sich dennoch für die vorbereitenden Maßnahmen zur Errichtung einer Lichtsignalanlage oder eines Zebrastreifens aus.

Herr Dr. Schwebel bestätigt Frau Jacobsens Ausführungen und schätzt die Entfernung auf ca. 100 m.

145 Herr Bruse und Frau Minetzke schließen sich der Meinung von Herrn Rieger an. Beide sind der Meinung, dass vorbeugende Installationen besser sind, als nachträgliche Baumaßnahmen an der Stelle.

150 Herr Neumann erinnert daran, dass das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist und die Stadt ihre Möglichkeiten der Beteiligung für das Verfahren wahrgenommen wurden. Er geht davon aus, dass die Stadt sich mit dem Landesbetrieb Straßenwesen (LS) über einige Punkte nachträglich verständigen kann, jedoch besteht für den LS keine Verpflichtung zur Umsetzung der von der Stadt vorgebrachten Wünsche oder Forderungen außerhalb des Verfahrens.

155 Herr Rieger sieht die von den Petenten vorgebrachten Anträge nicht als neue Forderungen, die über die vorhandene Stellungnahme der Stadt hinausreichen. Für ihn stellt sich daher nur die Frage der Umsetzung, über die sich die Stadt mit dem Landesbetrieb einigen muss.

160 Er spricht weitere Punkte zur vorliegenden Planung der Weiterführung der B 87 an (getrennter Geh-/Radweg bis Dreilindendamm, schlechte Einordnung der Bushaltestellen, Querung an der Kupka, Haltestellen ohne Wartehäuschen). Diese Aspekte in Kombination sorgen seiner Meinung nach dafür, dass auf dem Abschnitt kein Radfahrer gefahrlos fahren kann. Abschließend fragt er, warum der LS keine Ausgleichsflächen für die Maßnahme der B 87 im Planungsraum in Anspruch nimmt.

165 Frau Jacobsen erklärt, dass es zu Beginn des PFV von Seiten der Stadt eine Sperrung der Flächen für die B 87 gab, da die Verwaltung selbst bereits Schwierigkeiten damit hatte, Flächen für Ausgleichsmaßnahmen für den B-Plan Nr. 22 zu finden. Dies ist inzwischen nicht mehr so, insbesondere vor dem Hintergrund der Überarbeitung des FNP und des Landschaftsplanes.

170 Auf die Frage von Herrn Rieger, ob die Stellungnahme noch geändert wird, erklärt Herr Neumann, dass aufgrund von Hinweisen aus dem Sachgebiet Tiefbau zwei Änderungen (Anbindung Dreilindendamm/Beschlussfassung des Durchführungsbeschlusses folgt in den nächsten zwei Monaten; Fußgängerüberweg) in der Stellungnahme vorgenommen werden müssten. Die Änderungen wurden dem Hauptausschuss bereits übermittelt und sollen in der Sitzung auch erläutert werden.

175 Herr Bruse lässt über die Stellungnahme inklusive der von Herrn Neumann angekündigten inhaltlichen Veränderungen zur Weiterleitung an den Hauptausschuss abstimmen.

dafür: 3                      dagegen: 0                      enthalten: 0

### **TOP 7 – Abgrenzung der Gebietskulisse Wohnraumförderung, Vorlage 2019/017**

180 Frau Jacobsen erklärt, dass mit Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes die Vorranggebiete beschlossen wurden. Die entsprechende Karte wurde beim Ministerium zur Bestätigung der Gebietskulisse eingereicht. Die Bestätigung durch das Ministerium ist erfolgt, jedoch wird für die Vorranggebiete ein separater Selbstbindungsbeschluss benötigt. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage soll die vorhandene Gebietskulisse bestätigt werden.

185 Sie weist darauf hin, dass mit Bestätigung der Gebietskulisse jeder einen Antrag auf Wohnraumförderung stellen kann, der je nach Gebiet sowohl für Neubauten, oder auch für Bestandssanierungen gilt.

190 Auf die Frage von Herrn Rieger, ob die Kulisse noch verändert werden könnte, erklärt Frau Jacobsen, dass die hier zu beschließende Kulisse den Inhalten des INSEK entspricht. Grundsätzlich kann diese Gebietskulisse nach Abstimmung mit der LBV zu einem späteren Zeitpunkt angepasst oder erweitert werden.

Herr Bruse lässt über die Weiterleitung der Beschlussvorlage an den Hauptausschuss abstimmen.

195                                      dafür: 3                                      dagegen: 0                                      enthalten: 0

### **TOP 8 – Anfragen/Hinweise öffentlicher Art**

200 Herr Dr. Schwebel fragt nach dem zuständigen Träger der Hauptschleuse an der Hauptspreewald. Er zeigt an, dass diese seit einiger Zeit defekt ist.

205 Laut Herrn Neumann liegt diese Schleuse in der Zuständigkeit des Landesumweltamtes, da die Hauptspreewald ein Gewässer 1. Ordnung ist. Die Reparatur der Schleuse wurde heute begonnen und soll Ende März abgeschlossen sein.

Herr Rieger fragt nach einem Konzept namens „Aktiv in der Natur - Optimierung der Wirtschafts-, Rad- und Wanderwege zwischen den Spreewaldkommunen Burg, Lübben und Lübbenau“ und möchte wissen, was sich dahinter verbirgt. Er schlägt eine Vorstellung im nächsten Bauausschuss im April vor.

<i>Fragen und Hinweise von Frau Minetzke</i>	<i>Antworten von Herrn Neumann/ Frau Jacobsen</i>
Sie zeigt Schäden und Unebenheiten am Gehweg in der Hauptstraße (Höhe Komma 10) an. Hier sollte der Verursacher (Auftragnehmer der Telekom) für den Schaden haften.	Herr Neumann wird den Schaden weitergeben und den Verursacher prüfen lassen.
Sie erfragt den aktuellen Sachstand zum Bau des Parkplatzes oder des Parkhauses am Bahnhof bzw. zur Weiterführung des Personentunnels	Herr Neumann erinnert an die Präsentation von Herrn Kalkowski für das komplette Areal im Oktober 2018. Ein aktueller Sachstand kann im nächsten Monat nach dem nächsten Lenkungskreis vorgestellt werden. Die Fahrradständer werden demnächst eröffnet. Bezüglich des Parkhauses kann Frau Minetzke sich an den Geschäftsführer des SÜW wenden.
Die Schlossinsel besteht inzwischen seit 20 Jahren. Damals gab es Planungen für eine Erweiterung. Sie möchte wissen, ob die Stadtverwaltung diese Maßnahmen weiterverfolgt und ob es dafür einen zeitlichen Rahmen gibt. Insbesondere liegt ihr die Anbindung des Reha-Zentrums am Herzen.	Herr Neumann erklärt, dass für die Schlossinsel ein B-Plan existiert, der derzeit aufgrund einer geplanten Erweiterung einer privaten Nutzung geändert werden soll. Er erinnert daran, dass die Schlossinsel als Parkanlage mit Spiel- und Badebereichen konzipiert wurde. An dem bestehenden Konzept hält die Stadt bei Erneuerungen und Austausch von einzelnen Elementen fest. Sollte eine Mehrheit der Stadtverordneten sich für eine Veränderung aussprechen, kann die Verwaltung eine entsprechende Neugestaltung beauftragen. Die Schaffung der SpreeLagune und die Umverlegung des A-Graben sowie die Gestaltung von Rundwegen sind weitere Maßnahmen, die zum Gesamtkonzept gehören und weiterverfolgt werden.
Sie zeigt an, dass die WC-Anlage auf der Schlossinsel geschlossen oder defekt zu sein scheint.	Herr Dr. Schwebel erklärt, dass die Toiletten geschlossen sind. Der Durchgang ist stark verschmutzt, was an der Jahreszeit liegen könnte.
Sie erfragt den Sachstand zum von den Sportvereinen gewünschten Kunstrasenplatz.	Herr Neumann verweist an den Fachbereich II und den Bildungsausschuss. Er kennt nicht alle Details, weiß aber um die Priorisierung der Flutlichtanlage durch die Vereine. Frau Ziemer ergänzt, dass Frau Streiber in der letzten Stadtverordnetenversammlung darüber informiert hat.
Anhand von Fotos zeigt sie an, dass der Kahnanlegesteg am Kahnhafen demontiert wird. Sie fragt nach dem Grund.	Herr Neumann geht davon aus, dass an dem Steg die Bohlen erneuert bzw. ausgetauscht werden. Im vergangenen Jahr erfolgte der Austausch bereits auf der linken Seite. Er wird sich beim BBH erkundigen.
Sie zeigt den schlechten Zustand verschiedener Brückengeländer und die Verschmutzung von Stegen an und bittet um Beseitigung.	Herr Neumann wird dies weitergeben.
Sie spricht die Schließungen von Geschäften in der Breiten Straße an. Hinweisschilder könnten den Zulauf der Geschäfte erhöhen.	Frau Jacobsen zeigt die für 2019 geplanten Maßnahmen in der Breiten Straße an (Gestaltung des linken Giebels in Richtung Sternstraße und Installation eines Q-Sitzmöbels mit Plaketten von allen Q-Betrieben). Diese sollen zu einer Aufwertung des Boulevards beitragen. Die Umsetzung des Wegeleitsystems wird im kommenden Jahr nach der Baumaßnahme B 87 und der Erarbeitung eines Corporated Identity erfolgen. Eine provisorische Hinweisung wäre möglich, ist aber zu prüfen.
Sie schlägt für die Lehnigsberger Brücke vor, die vorhandene Schiene mit einer Plexiglasscheibe abzudecken. Auf diesem Weg könnte die Absperrung wegfallen.	Herr Neumann führt aus, dass dies von der Denkmalschutzbehörde abgelehnt wurde und technisch auch nicht umsetzbar ist, da die Schiene über dem Niveau der Betonfläche liegt.

210

Herr Dr. Schwebel schlägt vor, die von Frau Minetzke angesprochenen Hinweisschilder für die Gewerbetreibenden in der Breiten Straße direkt am Brückengeländer der Brücke über die Hauptsprees anzubringen. Dadurch würde der Aufwand gering bleiben.

215 Herr Bruse bittet darum, dass bei künftigen Fragenkatalogen diese schriftlich an die Verwaltung zu richten sind. Zur Lehnigksberger Brücke fragt er, ob sich Herr Rieger schon mit der Stadt zu seinen Vorschlägen ausgetauscht hat.

220 Herr Rieger erklärt, dass er mehrere Ideen zur Sanierung der zweiten Brücke hat. Diese würde er aber am konkreten Sachverhalt unter den erforderlichen Rahmenbedingungen noch einmal prüfen. Er wiederholt sein Angebot an die Stadt, für Gespräche bereit zu stehen.

Ferner erinnert er an seinen Hinweis, dieses Bauprojekt unter der Mithilfe eines Gestaltungsbeirates zu bearbeiten. Derzeit gibt es ein Modelvorhaben, bei dem die Kosten komplett übernommen werden.

225 Herr Lehmann bringt zur Breiten Straße die in der Vergangenheit von Frau Jacobsen angesprochene Möglichkeit ins Spiel, dass der Marktkauf in einem der leeren Geschäfte einen Laden betreiben könnte. Er fragt, was aus der Idee geworden ist.

230 Frau Jacobsen erläutert, dass sie diese Aussage in der Form nicht gemacht hat. Sie erklärt, dass die Breite Straße im Einzelhandels- und Zentrenkonzept als Bereiche genannt wird, der noch besser bespielt werden kann. Beispielsweise könnten in den Geschäften spreewaldtypische Produkte vermarktet werden. Daran und an der Frischeversorgung wurde im Konzept ein erheblicher Mangel gesehen.

235 Sie hält es für zwingend erforderlich, dass ein City-Management eingerichtet wird, was sich um solch eine Aktivierung kümmern kann. Die Einrichtung dieser Stelle ist Bestandteil der Strategie für die Maßnahme „Aktive Stadtzentren“ und ist darin verankert. Der Großteil der Personalkosten für den extern vergebenen City-Manager wird anfangs aus der Städtebauförderung finanziert. Über einen gewissen Zeitraum sinkt der Anteil der Förderung bis auf 0 Euro. Langfristig soll die Stelle in der Verwaltung gehalten werden. Ihrer Meinung nach ist es unablässig, solch eine Stelle als Mediator zwischen Gewerbetreibenden und den übergeordneten Zielen der Verwaltung zu haben.

240 Herr Bruse stellt die Nichtöffentlichkeit um 18:20 Uhr her.